

**VERLANGEN**

REPUBLIK ÖSTERREICH PARLAMENTS-DIREKTION	
Einzel.	2004 -01- 14 10 <sup>50</sup>
Zl.	13346.0060/2-L1.3/2004
Bl.	.....

der Abgeordneten Dr. Kräuter, Gradwohl  
und GenossInnen  
gemäß § 32e Abs. 2 GOG  
auf Erteilung eines Auftrages an den Ständigen Unterausschuss des  
Rechnungshofausschusses

Die unterzeichneten Abgeordneten erteilen dem Ständigen Unterausschuss  
des Rechnungshofausschusses gemäß § 32e Abs. 2 GOG den Auftrag,  
nachfolgenden bestimmten Vorgang im Sinne des § 99 Abs. 2 GOG zu  
prüfen:

Die Förderungsvergaben im Agrarwesen hinsichtlich ihrer sozialen,  
ökonomischen und ökologischen Wirkung seit 01. 01. 2000, insbesondere  
unter Berücksichtigung der Nichtinanspruchnahme der Möglichkeit der  
Einführung der Modulation durch den österreichischen  
Landwirtschaftsminister sowie der Entscheidung hinsichtlich der Verteilung  
der Milchkontingente im Jahr 2003.

**Begründung:**

Die österreichische Bundesregierung lehnt grundlegende Reformen im  
Agrarförderungssystem ab und verhinderte – auf Kosten der Kleinbauern,  
der Konsumenten und der Steuerzahler – eine Reform der Agrarpolitik in  
Österreich.

Diese Regierung vertritt mit ihrer Agrarpolitik in erster Linie die Interessen  
der Großbauern. Das derzeitige Fördersystem, das die Höhe der  
Subventionen von der Größe der Flächen und der Anzahl der Nutztiere  
abhängig macht, soll beibehalten werden.

Bereits in der ersten Sitzung des Landwirtschaftsausschusses nach Antritt der Bundesregierung am 4. Februar 2000 gab der seinerzeitige Landwirtschaftsminister Molterer unmissverständlich die Richtung hinsichtlich der Verteilung von EU-Subventionen vor: „Er plane jedenfalls nicht die Möglichkeit der Staffelung innerösterreichisch vorzusehen...“ (OTS 3.2.2000).

Somit wurde die von der Europäischen Kommission eröffnete Möglichkeit, eine sozial gerechtere Verteilung der Subventionen im Agrarbereich in unserem Land umzusetzen, von ÖVP und FPÖ nicht aufgegriffen.

Die Prinzipien der inneragrarischen Solidarität sind unter der schwarz-blauen Regierung einer neoliberalen Politik, durch die Großbetriebe und die industrielle Landwirtschaft profitieren, gewichen. Die neue Regierungskoalition war offenbar angetreten, die Förderungen für Gutsbesitzer, Grafen, Fürsten und Stifte zu verteidigen bzw. auszuweiten.

Ein aktueller Fall der ungerechten Agrarpolitik dieser Regierung stellt die umstrittene Aufteilung der nationalen Milchquotenreserve dar.

Unter dem Eindruck eines breiten Unmutes innerhalb der bäuerlichen Betriebe, verwies der zuständige Landwirtschaftsminister, der die bezughabende Verordnung erlassen und damit zu verantworten hat, lapidar auf die mehrheitliche Entscheidung der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern.

Ein Abgeordneter der Regierungsparteien brachte im Rahmen des Landwirtschaftsausschusses die Einschätzung der Aufteilung der nationalen Milchquotenreserve auf den Punkt: „Die Verteilung des Milchkontingents sei ‚eine Sauerei‘, vor allem was die Vorgangsweise angeht (Parlamentskorrespondenz 24.11.2003).“

Aus den dargestellten Gründen ist die verfehlte Agrarförderungspolitik im Sinne dieses Verlangens der Prüfung durch den Ständigen Unterausschuss des Rechnungshofausschusses zu unterziehen.